

An die
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail: recht-post@e-control.at
Geschäftszahl: V EPV 02/25

Wien, am 11.02.2026

Begutachtungsentwurf zur Wechselverordnung 2026 (WVO 2026) - Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Übermittlung des aktuellen Begutachtungsentwurfs zur Wechselverordnung 2026 sowie für die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Wir erlauben uns, zum Begutachtungsentwurf – in Abstimmung mit der der AGCS Gas Clearing and Settlement AG und der A&B Ausgleichsenergie & Bilanzgruppen-Management AG – die folgenden Anmerkungen bzw. Änderungsvorschläge zu übermitteln:

Verordnung der E-Control über den Wechsel sowie die Neuanmeldung und Abmeldung (Wechselverordnung 2026, WVO 2026)

§ 4 (4)

Etwaige Zweifel an einer Bevollmächtigung werden in den meisten Fällen vermutlich durch Kundenbeschwerden ausgelöst, welche erst nach Abschluss eines Wechsels, einer Neuanmeldung oder einer Abmeldung beim Netzbetreiber oder aktuellen Lieferanten einlangen. Die Überprüfung der Bevollmächtigung durch den Netzbetreiber oder aktuellen Lieferanten kann somit nicht während der laufenden Prozesse, sondern nur nachträglich erfolgen. Die Prozesse könnten ggf. rückabgewickelt werden.

§ 5 (4)

Die aktuelle Formulierung lautet:

„4. bei einer rechtsgültigen Bevollmächtigung“

Aus diesem Grund sollte jedoch nicht verweigert werden. Die Formulierung sollte aus unserer Sicht demnach lauten: „4. bei keiner rechtsgültigen Bevollmächtigung“

§ 8 (4)

Die in Absatz 4 beschriebene standardisierte Meldung zur Übermittlung von zusätzlichen Daten ist aus unserer Sicht keine Verbesserung des bisherigen Ablaufs. Es ist nämlich ungewiss welche zusätzlichen Daten der neue Lieferant hier nachreichen soll. Der neue Lieferant übermittelt bereits in der initialen Anfrage sämtliche bekannten Zählpunkt- und Endkundendaten.

§ 8 (5)

Die aktuelle Formulierung lautet:

„Der aktuelle Lieferant hat die Anfrage des neuen Lieferanten zur Übermittlung von Daten innerhalb von 24 Stunden nach Einlangen der Anfrage zu beantworten.“

Der aktuelle Lieferant ist jedoch nicht in der Lage eine Zählpunkt- und Endkundenidentifikation zu beantworten. Die Formulierung sollte aus unserer Sicht demnach lauten: „Der Netzbetreiber hat die Anfrage des neuen Lieferanten zur Übermittlung von Daten innerhalb von 24 Stunden nach Einlangen der Anfrage zu beantworten.“

§ 10 (1)

Die aktuelle Formulierung lautet:

„Der neue Lieferant kann eine vorläufige Wechselanfrage frühestens 20 Tage und spätestens sechs Tage vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber einleiten.“

Wir ersuchen um eine durchgängige, eindeutige Formulierung hinsichtlich der Fristenangaben in Arbeits- oder Kalendertagen. In den Erläuterungen zur Verordnung lautet die Formulierung nämlich „frühestens 20 und spätestens sechs Arbeitstage...“.

§ 10 (1)

Die aktuelle Formulierung lautet:

„Ist dem Endkunden die Zählpunktbezeichnung im Rahmen der Bevollmächtigung nicht bekannt, so ist die Zählpunkt- und Endkundenidentifikation für den neuen Lieferanten gemäß § 10 vor der Einreichung der vorläufigen Wechselanfrage verpflichtend durchzuführen.“

Der Verweis auf § 10 ist an dieser Stelle vermutlich ein Irrtum, sollte aus unserer Sicht § 8 lauten.

§ 11 (3)

Unserem Verständnis nach ist der vorläufige Wechsel durch den Netzbetreiber abzubrechen, sobald der neue Lieferant dem Netzbetreiber die Meldung „keine Beharrung“ übermittelt.

§ 13

Die Überschrift zu § 13 lautet:

„Stornierung des technischen Wechsels“

Dieser Titel ist irreführend, da die darauffolgenden Absätze 1 bis 3 die Stornierung des registrierten Wechsels beschreiben. Der Titel sollte demnach angepasst werden.

§ 16 (2)

Unserem Verständnis nach hat der neue Lieferant nach Erhalt des Belieferungswunschs durch den Netzbetreiber zwei Möglichkeiten:

- Lieferant kann eine Neuanmeldung als separaten Prozess einleiten und an den Netzbetreiber übermitteln (innerhalb von acht Arbeitstagen) oder
- Lieferant kann den Prozess Belieferungswunsch mittels standardisierter Meldung ablehnen

Es ist für die Beschleunigung der Prozesse förderlich, dass im Belieferungswunsch eine Antwort-Möglichkeit für den Lieferanten vorgesehen wird. Es sollte aus der Formulierung in der Verordnung jedoch klar hervorgehen, dass ein Prozess Neuanmeldung nur durch den neuen Lieferanten einzuleiten ist (nicht durch den Netzbetreiber).

§ 20 (1)

Zum Inkrafttreten per 1. April 2026 ist anzumerken ist, dass die aus der Verordnung abzuleitenden erforderlichen Anpassungen in der technischen Dokumentation nach Verordnungsbeschluss entsprechend eingearbeitet werden müssen. Die Definition dieser Anpassungen, öffentliche Konsultation, Implementierung auf der Wechsellplattform sowie in den jeweiligen Marktteilnehmer-Systemen und qualitative Testung wird Zeit in Anspruch nehmen. Demnach kann eine Produktivsetzung per 1. April 2026 nicht zugesichert werden. Wir verweisen daher auf die Dokumentation der sogenannte „Übergangslösung“ zur Umsetzung des 24h-Wechsels. Diese Dokumentation wurde bereits im Sommer

2025 mit der Branche sowie der E-Control abgestimmt und im Oktober 2025 unter ebutilities.at und energylink.at veröffentlicht. Die Produktivsetzung der „Übergangslösung“ erfolgt im April 2026 unabhängig von der Verordnung.

Erläuterungen zur Wechselverordnung 2026

Zu § 4 Abs. 4 und

Zu § 5 Abs. 1

Wie bereits oberhalb zu § 4 (4) angemerkt, kann ein berechtigter Zweifel an der Bevollmächtigung in der Praxis mitunter erst nach Abschluss eines Wechsels, einer Neuanmeldung oder einer Abmeldung gemeldet werden. Die Prüfung, ob eine Bevollmächtigung rechtsgültig ist, kann somit nicht im laufenden Prozess erfolgen und das Verfahren daher nicht mehr abgebrochen werden. Die Prüfung müsste somit nachträglich erfolgen (eventuell als separater Prozess). Es sollte aus der Verordnung hervorgehen, ob Netzbetreiber und Lieferanten zusätzliche Daten bzw. Unterlagen zur Prüfung der Bevollmächtigung einfordern dürfen. Sofern ein Einfordern ermöglicht wird, sollte klargestellt werden, ob die zusätzlichen Daten bzw. Unterlagen im Wege der Wechselplattform übermittelt werden.

Zu § 10 Abs. 1

Unserem Verständnis nach droht auch in Zeiträumen ohne Feiertage eine Überschreitung der Höchstfrist von drei Kalenderwochen, wenn der neue Lieferant den frühestmöglichen Termin von 20 Arbeitstagen zur Einleitung der vorläufigen Wechselanfrage wählt. Die Frist für die Einleitung der vorläufigen Wechselanfrage ist demnach für jeden einzelnen Wechseltermin gesondert mit der Branche abzustimmen, um eine Einhaltung der dreiwöchigen Wechselfrist sicherzustellen. Dies entspricht der bisherigen Vorgehensweise – auch im Rahmen der Umsetzung zur WVO 2014 wurde der sogenannte „Wechselkalender“ in Abstimmung mit Branchenvertretern und IT-Anbietern erarbeitet und von den Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Die aktuelle Formulierung lautet:

„Die Frist für den Lieferantenwechsel selbst ist hiervon nicht betroffen.“

Wir ersuchen um Präzisierung, ob in dieser Passage mit „Lieferantenwechsel“ der „technische Wechsel“ gemeint ist.

Zu § 14 Abs. 3

Die in Absatz 3 beschriebene Methode einer Auftrennung in identifizierbare Datensätze und nicht-identifizierbare Datensätze ist aus unserer Sicht keine Verbesserung des aktuellen Ablaufs. Es wird nämlich nur ein Datensatz übermittelt, welcher entweder automatisiert geprüft und direkt rückgemeldet oder nach automatisierter Prüfung weiter einem manuellen Prüfverfahren zugeführt wird. Als Antwort erhält der neue Lieferant einen Datensatz mit:

- 1 Zählpunkt oder
- 1 Anlagenadresse (mit 1 oder mehrere Zählpunkte)

Zu 2.5.3 (Ermittlung sowie Übermittlung von Stamm- und Verbrauchsdaten nach Abschluss des technischen Wechsels)

Unter 2.5.1 wird die Meldung über die Bestätigung des Wechseltermins beschrieben und unter 2.5.3 eine weitere Meldung bzgl. Stammdatenänderung nach Abschluss Wechsels. Wir würden empfehlen den Begriff Stammdatenänderungen zu präzisieren bzw. konkrete Beispiele anzuführen. Unserem Verständnis nach sind mit Stammdatenänderungen die Daten gemeint, welche sich bedingt durch den technischen Wechsel im System des Netzbetreibers beim betreffenden Zählpunkt- und Endkundendatensatz verändern (z.B. Netzrechnungsempfänger).

Zu 3.3 (Einleitung durch den Netzbetreiber):

Die aktuelle Formulierung lautet:

„Somit verkürzt sich die Frist für den neuen Lieferanten zur Bearbeitung des Belieferungswunsches und zur neuen Neuanmeldung dementsprechend um 3 Arbeitstage (dies ergibt sich aus der verspäteten

Bekanntgabe um 2 Arbeitstage und der Frist für Bearbeitung und Übermittlung durch den Netzbetreiber innerhalb eines Arbeitstages).“

Zu diesem Beispiel der Frist von 10 Arbeitstagen („1+1+8“) ist anzumerken, dass die Verkürzung der Frist für den neuen Lieferanten beim Einlangen des Belieferungswunsches nicht erkennbar ist. Die Information über eine etwaige Verkürzung müsste vom Netzbetreiber jeweils an den Lieferanten im Rahmen der Übermittlung weitergegeben werden. Wir ersuchen um Klarstellung, um etwaigen Missverständnissen in der Praxis vorzubeugen.

Anhang zur Wechselverordnung 2026 - Ablauf der Verfahren

1.2 Vollmacht

Die aktuelle Formulierung lautet:

„Ein Abbruch des Verfahrens ist mit einer standardisierten Meldung „Bevollmächtigung nicht rechtsgültig“ vom Netzbetreiber durchzuführen, wenn die übermittelte Bevollmächtigung nicht rechtsgültig ist.“

Zu dieser Passage ist anzumerken, dass auch beim aktuellen Lieferanten im Rahmen der Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage eine Bevollmächtigung einlangt. Somit hat auch ein Lieferant die Möglichkeit den Abbruch des Verfahrens mit standardisierter Meldung durchzuführen (siehe auch Anhang zur WVO 2026, Abschnitt 2.3).

1.3 Stornierung

Die aktuelle Formulierung lautet:

„Dem Netzbetreiber ist hierfür eine standardisierte Meldung zu übermitteln.“

Da die Stornierung durch den Netzbetreiber ausgeübt wird, sollte die Formulierung aus unserer Sicht demnach lauten: „Vom Netzbetreiber ist hierfür eine standardisierte Meldung zu übermitteln.“

2.2 Zählpunkt- und Endkundenidentifikation beim Netzbetreiber (§ 8)

Die in Variante 1 und Variante 2 beschriebenen Mindestangaben „Vor- und Nachname bzw. Firmenname“ führen aus unserer Sicht zu einer zusätzlichen Prüfung beim Netzbetreiber, ob beim Anfrage-Datensatz vom neuen Lieferanten ein Datenfeld (Firmenname) oder zwei Datenfelder (Vor- und Nachname) übermittelt werden. Die Unterscheidung, ob ein Datenfeld als Mindestangaben ausreichend ist, kann bei gewissen Rechtspersonen wie beispielsweise Einzelunternehmen oder Vereinen zu Schwierigkeiten bzw. Ablehnungen im Prozessablauf führen. In der bisherigen Umsetzung der WVO 2014 wird unter Mindestangaben nur ein Feld („Name1“) übermittelt und in dieses Feld jeweils Nachname oder Firmenname vom Lieferanten eingetragen. Im Feld „Name2“ wird der Vorname oder ggf. die Fortsetzung vom Firmennamen eingetragen.

Die Anmerkung hinsichtlich der Unterscheidung Vor- und Nachname bzw. Firmenname gilt sinngemäß auch für die folgenden Abschnitte im Anhang:

- 2.3 Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage (§ 9)
- 2.4.1 Einleitung
- 2.4.2 Prüfung und Übermittlung der vorläufigen Wechselanfrage durch den Netzbetreiber
- 2.6.2 Überprüfung durch den Netzbetreiber
- 3.2 Einleitung durch den Lieferanten (§ 15)
- 4.2 Beendigung des Energieliefervertrages und des Netzzugangsvertrages aufgrund eines Auszugs des Endkunden (§ 18)
- 4.3 Beendigung des Energieliefervertrages oder des Netzzugangsvertrages aus anderen Gründen (§ 19)

2.4.3 Einwand aus zivilrechtlichen Gründen (§ 11)

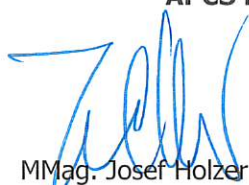
Zum Einwand durch den aktuellen Lieferanten ist anzumerken, dass gemäß den bisherigen Bestimmungen der WVO 2014 der Einwand (oder Meldung „kein Einwand“) gleichzeitig an den neuen Lieferanten und den Netzbetreiber übermittelt wird. Die direkte Übermittlung durch den aktuellen Lieferanten an den neuen Lieferanten hat sich in der Praxis als zweckmäßig erwiesen. Die aktuelle

Formulierung im Begutachtungsentwurf sieht hingegen eine „Durchleitung“ der Information bzgl. Einwand vom aktuellen Lieferanten an den Netzbetreiber und weiter an den neuen Lieferanten vor.

Wir danken für die Kenntnisnahme unserer Anmerkungen und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen

APCS Power Clearing and Settlement AG



MMag. Josef Holzer
Mitglied des Vorstandes



Dipl.-Ing. Franz Keuschnig, MBA
Mitglied des Vorstandes